

Zum Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017) - Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/12500 – Anhörung am 29. September 2016 in Düsseldorf

| |
|---------------------------------------------------|
| LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 16. WAHLPERIODE |
| STELLUNGNAHME 16/4265 |
| Alle Abg. |

Allgemeines und Rahmenbedingungen

DIE FAMILIENUNTERNEHMER des Landes Nordrhein-Westfalen reiben sich die Augen: Nordrhein-Westfalen war einmal die Nummer Eins in Deutschland. Es ist nicht lange her, da war Nordrhein-Westfalen Synonym für den industriellen Kern der Bundesrepublik Deutschland, das Herzland eines europaweit beneideten Wirtschaftswunders. Das Bundesland war nahezu überall mit an der Spitze: bei der Wertschöpfung pro Kopf, beim Ausbildungsniveau, bei Erfindungen und bei den Patenten. Der Länderfinanzausgleich ging einmal so: Nordrhein-Westfalen & Co. zahlen ein und der Rest bekommt.

Die Fakten: Nordrhein-Westfalen trägt, wie inzwischen landes- und bundesweit bekannt ist, in verschiedenen (in fast allen) Disziplinen die rote Laterne. Am Bedrückendsten ist für das ehemals so stolze Vorzeigeland sicherlich die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum. 2015 ist das erste Jahr, in dem Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum das Schlusslicht unter sämtlichen Bundesländern geworden ist. Soll das immer noch Folge des Strukturwandels sein – noch mehrere Dekaden später? Ist denn der Strukturwandel weg von einer historisch einmal gegebenen Abhängigkeit von Kohle und Stahl (in der Nachkriegszeit!) auch dafür zuständig, dass Nordrhein-Westfalen bei Forschungsausgaben, Kita-Betreuung und Lehrerversorgung inzwischen ganz hinten gelistet wird?

Fest steht: Eine inzwischen wohl chronische Wachstumsschwäche kommt erst durch das Zusammenwirken mehrerer Fehler zustande.

Richtig wird darauf verwiesen, dass die Energiewende die Unternehmen in Nordrhein-Westfalen besonders hart trifft, denn unser Land weist weiter einige der großen Energieversorger auf. Aber auch die Energiewende nicht Schicksal, sondern Machwerk. Und zwar von „Rot-grün“.

Stehen IT-Betriebe bereit, den Niedergang der Energieriesen gesamtwirtschaftlich vielleicht zu kompensieren? Sie stünden wohl bereit, nur: 90 Prozent der Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen verfügen weiter über kein schnelles Breitband-Internet. Verdanken wir das dem Steinkohleabbau der 50er- und 60er-Jahre und der Montanindustrie?

Warum sinkt auch die Arbeitsproduktivität?

Bei den Bildungsausgaben ringt noch Schleswig-Holstein mit Nordrhein-Westfalen um den allerletzten Platz. Dort werden bloß 5400 Euro für die Ausbildung eines Schülers ausgegeben, in Nordrhein-Westfalen RW sind es 5200 Euro. In Thüringen dagegen sind es 7900 Euro. Weiter geht es mit Patentanmeldungen: Hier trägt Nordrhein-Westfalen 14,5 Prozent zu den Patenten in Deutschland bei. Bayern und Baden-Württemberg weisen stabil jeweils etwa das Doppelte an Patenten auf. Und das bei deutlich kleineren Bevölkerungen. Das Land braucht einen Neustart. Das zeigt sich auch beim Haushaltsgesetz.

Haushaltspolitik im Zeichen des Loslassens

Das Haushaltsgesetz 2017 gibt berechtigt Auskunft darüber, dass sich das Land Nordrhein-Westfalen auch haushaltspolitisch weit von der Gruppe der Spitzenländer in Sachen Haushaltskonsolidierung und Schuldentilgung entfernt hat. Im Vergleich zur Gruppe der sogenannten „Freistaaten“ bewegen sich die rot-grünen Finanzpolitiker an Rhein und Ruhr nicht allein am Ende der Rangliste, sondern leben haushalterisch geradezu in einem anderen Jahrhundert, und das ohne mit einer fälligen Aufholjagd auch nur angefangen zu haben.

Auch die Kommunen Nordrhein-Westfalens sind mit Abstand am Schlechtesten finanziell ausgestattet. So viele größere Kommunen wie sonst nirgendwo in Deutschland stehen unter Zwangsverwaltung – Besserung nicht in Sicht. 2016 werden voraussichtlich 90 Prozent der nordrhein-westfälischen Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt verfehlen. In Bayern gibt es für die Kommunen in ihrer Gesamtheit ein Plus von rund 1,5 Milliarden Euro. Und doch gibt es keine Art ‚Masterplan‘ in der Landesregierung, man hat sich mit der miserablen Lage abgefunden statt zu kämpfen.

Begleitende Politik gegen die Betriebe

Ein Bundesland kann zurückfallen, Erfolg ist geschichtlich nie garantiert. Allerdings hatte das Land Nordrhein-Westfalen Schwierigkeiten zu bewältigen, mit denen andere Länder nicht oder nicht so ausgeprägt konfrontiert gewesen sind. Aber in Düsseldorf werden auch Fehler gemacht, Fehler, die geeignet sind, den Negativtrend sogar noch weiter zu verstärken. Sehr aufmerksam wurde bundesweit von Familienunternehmern beobachtet, wie in Düsseldorf versucht wurde und wird, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gerade für das Segment der eigentümergeführten Familienunternehmer zugunsten eines – nur temporär – höheren Steueraufkommen sehenden Auges zu gefährden. Es war herausstechend, dass das Düsseldorfer Landesfinanzministerium die erbschaftsteuerliche Kompromissfindung in besonders unverhohlener Weise torpediert hat.

Das unterscheidet die Düsseldorfer Regierung von der Stuttgarter: In beiden Ländern gibt es charakteristischerweise besonders viele Familienunternehmer, die auch besonders häufig der schmalen Gruppe der kaum bekannten Nischen-Weltmarktführer angehören. Stuttgart nahm Rücksicht, Düsseldorf stellte in seiner Abwägung andere Dinge über das Interesse am Erhalt ‚seiner‘ Champions. Das ist symptomatisch für eine Regierung, die seit Jahren abstrakte, weltanschaulich motivierte Priorisierungen vornimmt und die das

Gedeihen der heimischen Wertschöpfung als selbstverständlich voraussetzt und dabei im Ergebnis folgenreich abwürgt.

Fazit

DIE FAMILIENUNTERNEHMER sehen den dürftigen haushaltspolitischen Ansatz, wie er im Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017 gefunden wurde, weniger als nur haushaltspolitisches Problem, sondern als ein schmerzhaftes Symptom einer erschöpft wirkenden Politik, die auf dem Politikfeld ‚Haushalt, Steuern und Finanzen‘ weiter völlig neben sich steht und dadurch kostbare Jahre für eine dringend anstehende Haushaltskonsolidierung verstreichen lässt.